

**Warum machen nur Katastrophen Quoten und Auflagen? –
Die Rolle der Medien bei der Wahrnehmung von Umweltthemen in der
Öffentlichkeit**

Vortrag

von Dr. Thilo Bode,

ehem. Geschäftsführer Greenpeace International,

bei den Benediktbeurer Gesprächen der Allianz Umweltstiftung 2001.

Ich glaube, dass die Frage, wie man die Umwelt wieder zu einem Thema in den Medien machen kann, nur sehr schwer, wenn überhaupt, beantwortet werden kann. Die Frage berücksichtigt nicht, dass die Umweltprobleme sich vor etwa zehn Jahren in der Perspektive der Öffentlichkeit anders dargestellt haben als heute. Der Umweltschutz als soziale Bewegung existiert meiner Meinung nach nicht mehr. Die Begeisterung und die Betroffenheit der Menschen für Umweltprobleme sind nicht mehr vorhanden und das lässt sich auch in vielen Meinungsumfragen dokumentieren.

Die Gründe liegen darin, dass die Umweltverschmutzung der klassischen Art, also die wirklich schlimmen Verschmutzungen von Luft und Wasser überwunden sind und deshalb persönliche Betroffenheit und die Empörung über diese Probleme nicht mehr zum Tragen kommt, wie es zum Beispiel bei der Verklappung von Dünnsäure in der Nordsee war. Selbstverständlich gibt es schwerwiegende Umweltprobleme, wie die globale Erwärmung, aber diese Probleme sind abstrakt, wie es auch die Zerstörung der tropischen Regenwälder ist. Abstrakt in dem Sinne, dass die Probleme weit weg sind und die Leute nicht mehr unmittelbar betreffen.

Umweltpolitik heute in Deutschland oder in den Industrieländern ist im weitesten Sinne Gesellschaftspolitik, und diese ist trocken. Deshalb glaube ich, dass man eher die Frage formulieren sollte: Wie kann man es erreichen, dass die Umweltpolitik einen zentralen Stellenwert in der Gesellschaftspolitik einnimmt?

Fragestellungen

Obwohl ich also Zweifel am Thema dieser Tagung habe, möchte ich dennoch zu dessen Behandlung auf drei Fragestellungen eingehen.

Erstens: Gibt es eine spezifische Beziehung zwischen Medien und Umweltthemen, oder unterscheidet sich diese Beziehung nicht von anderen Themen, die die Medien bearbeiten? In diesem Zusammenhang gehe ich auch auf die ganz besondere Beziehung zwischen Medien und Umweltkampagnen ein und werde auch die Greenpeace-Kampagne Brent Spar streifen.

Zweitens: Wie stellt sich die Umweltsituation heute wirklich dar? Bei dieser Ausführung werde ich Sie nicht mit Horrorszenarien langweilen, sondern nur einen ganz spezifischen Aspekt behandeln.

Und drittens: Was bedeutet die Analyse der genannten beiden Aspekte für die Behandlung des Umweltthemas in den Medien?

Medien und Umweltthemen

Zum ersten Punkt: Ich glaube, dass die Beziehung zwischen Medien und Umweltthemen keine spezifische ist, sondern dass wir es hier mit der normalen Funktionsweise der Medien in unserer Gesellschaft zu tun haben. Die Medien sind weniger gut oder weniger geeignet für die Berichterstattung von permanenten schleichenden und komplexen Problemen. Medien, die in extremer Weise auf News ausgerichtet sind, können nicht jeden Tag Schlagzeilen produzieren, etwa wie „Die Dritte Welt ist arm“ oder „Die Bevölkerung hungert“. Das würde darüber hinaus zu einer extremen Abnutzung des Themas führen.

Natürlich greifen die Medien auf, wenn es innerhalb dieser andauernden und komplexen Probleme zu herausragenden Katastrophen kommt. Beispielsweise Naturkatastrophen oder Hungerkatastrophen. Dann heißt es immer, es sei eine Katastrophe nie gekanntes oder unvorstellbaren Ausmaßes eingetreten. Sei es der Tanker, der gestrandet ist, oder seien es Flüchtlingsströme, die sich in Afrika in großen Lagern sammeln. In den meisten Fällen kommt dann auch die Analyse der tieferen Gründe für so eine Katastrophe zu kurz weg. Aber wie gesagt, das ist sozusagen normal und nichts Besonderes bei der Behandlung von Umweltthemen.

Es ist auch normal, dass es bei solchen Themen, die nie hundertprozentige Schlussfolgerungen produzieren können, sondern bei denen immer ein gewisses Ausmaß von Unsicherheit herrscht, zu Kehrtwendungen in der Berichterstattung kommen kann. Einfach auch deshalb, weil dadurch News produziert werden. Ein Beispiel ist die Behandlung von Gesundheitsproblemen in den Medien. Man liest an einem Tag in der Zeitung, dies und das ist gesund, und am nächsten Tag kann man wieder lesen, dies und das sei ungesund. Und genauso ist es mit der Behandlung von Umweltthemen. Einmal sind Umweltfragen wie die globale Erwärmung ein wirklich drohendes Problem, und dann gibt es plötzlich wieder Berichte, die besagen, es ist ja alles gar nicht so schlimm, und wir brauchen nicht so pessimistisch zu sein.

In der Umweltberichterstattung gab es sogar eine sehr fundamentale Kehrtwendung. Das war etwa 1997. Diese kurze Phase, die etwa bis zum heutigen Tag angedauert hat, wird gern mit dem Begriff „Öko-Optimismus“ umschrieben. Dirk Maxeiner, der heute mit mir hier auf dem Podium sitzt, ist einer der Repräsentanten dieser Richtung. In allerletzter Zeit allerdings, verursacht durch BSE und MKS, hat die ökologische Frage wieder neue Bedeutung (zumindest in den Medien) gewonnen, und ökologische Horrorszenarien werden wieder beschrieben. Ich glaube nicht, dass diese Tendenz lange anhält, und ich glaube vor allen Dingen nicht, dass die These richtig ist, dass BSE das Tschernobyl der Landwirtschaft sei. Eben aus den Gründen, die ich oben angeschnitten habe. Der Umweltschutz als soziale Bewegung existiert nicht mehr, und sobald sicheres Rindfleisch auf dem Teller liegt, wird die Diskussion vorbei sein.

Umweltkampagnen und Medien

Gibt es nun eine spezielle Beziehung zwischen Umweltkampagnen und Medien, wenn diese nicht in der generellen Berichterstattung über Umweltprobleme existiert? Vielleicht sollte ich kurz das Wort Kampagne definieren, da es ein Ausdruck ist, der im deutschen Sprachgebrauch nicht so häufig verwendet wird. Man kann unterschiedliche Arten von Kampagnen unterscheiden. Wir kennen so genannte Werbekampagnen für Produkte, zum Beispiel Zigaretten. Diese Kampagnen sind allgemein bekannt. Dann gibt es Wahlkampfkampagnen, zum Beispiel bei Bundestagswahlen. Etwas Spezielles sind die Kampagnen von Nonprofit-Organisationen oder Nicht-Regierungsorganisationen, wie zum Beispiel die Kampagne gegen Landminen, die Kampagne für die Abgabe von preiswerten Aidsmedikamenten oder Kampagnen gegen die Zerstörung des tropischen Regenwaldes. Diese Kampagnen unterscheiden sich von den beiden zuerst genannten, insbesondere von den Werbekampagnen, dadurch, dass sie mit wenig Mitteln arbeiten, sehr flexibel sind und vor allen Dingen

die Öffentlichkeit und die Medien für sich – ich sage es vorsichtig und in Anführungsstrichen – arbeiten lassen. Es kommt bei diesen Kampagnen darauf an, ähnlich auch wie bei den Wahlkampfkampagnen, den richtigen Nerv in der Öffentlichkeit zu treffen und dadurch eine öffentliche Diskussion anzustoßen, die das eigene Thema befördert. Kampagnen von Nicht-Regierungsorganisationen müssen mit extrem geringen Mitteln auskommen. Um Ihnen eine Vorstellung von der Größenordnung zu geben: Die Werbekampagne im Rahmen der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone hat etwa eine Milliarde DM gekostet. Der Jahresetat der gesamten weltweiten Greenpeace-Organisation beträgt nur ein Viertel davon.

Herausragende Kampagnen treffen einen Nerv in der Öffentlichkeit. Wenn die Veröffentlichung der Bilder, die den auf einen Polizisten einschlagenden Joschka Fischer zeigen, in der Absicht geschehen wäre, eine Debatte über die 68er-Bewegung zu initiieren, dann wäre das ein ganz genialer Schachzug gewesen. In der Tat hat sich durch eine Veröffentlichung dieser Bilder eine Debatte über diese Zeit in den Medien entzündet, die viel besser und viel hochstehender war als alle Diskussionen, die vorher stattgefunden haben, zum Beispiel zum dreißigjährigen Jahrestag der Bewegung 1998.

Bilder und Emotionen

Wichtig bei allen Kampagnen ist die Verwendung von Bildern und Emotionen und insbesondere die Rolle des Fernsehens. Dies wird oft kritisiert, insbesondere von denen, die von Umweltkampagnen betroffen sind, doch ist diese Kritik völlig unangebracht. Gerade Umweltschutzkampagnen müssen eine emotionale Komponente haben. Ich muss immer schmunzeln, wenn uns zum Beispiel die Autoindustrie vorwirft, dass wir in unserer Argumentation zu emotional seien, als ob etwa die Werbekampagnen für Automobile oder Zigaretten völlig emotionslos wären. Ein Problem ist in der Tat, dass Bilder, die so wichtig sind für Kampagnen jeder Art, im Wesentlichen von schlechten Nachrichten existieren und nicht von guten, weil gute Nachrichten einfach langweilig sind. Das heißt für eine Umweltkatastrophe, zum Beispiel ein Tankerunglück, gibt es natürlich hervorragende Bilder. Nicht aber für eine internationale Konvention zum Schutz der Meere.

Denn ein Bild von dieser Nachricht wäre wohl relativ langweilig, da Politiker zu sehen sind, die irgendein Dokument unterschreiben. Aber darin bestehen in fast allen Fällen die Lösungen von Umweltproblemen: nationale oder internationale Verträge, die unterschrieben werden. Die Tatsache, dass Lösungen von Umweltproblemen relativ langweilig sind, führt zu der wirklich beklagenswerten Tatsache, dass Erfolge in der Umweltpolitik zu wenig gewürdigt werden, gerade auf Grund des

beschriebenen Mechanismus in den Medien. Wer weiß denn schon, dass 1998 die Oslo-Paris-Kommission, das ist das zuständige Gremium der Anrainer-Staaten des Nordostatlantiks, für die Verschmutzung des Meeres ein generelles Versenkungsverbot von Ölplattformen beschlossen hat? Oder wer weiß von dem Abkommen, das kürzlich zwischen der kanadischen Regierung, den Holzkonzernen und den Umweltverbänden in Britisch-Kolumbien unterschrieben wurde, das bis auf weiteres den Kahlschlag in den gemäßigten Regenwäldern von Britisch-Kolumbien untersagt? Dies ist eine Kampagne, für die zum Beispiel Greenpeace zehn Jahre gekämpft hat. Das jetzige Abkommen ist zumindest vorläufig ein riesiger Erfolg, und eigentlich müsste es gefeiert werden in den Medien. Dasselbe könnte man etwa für das Abkommen zum antarktischen Walschutzgebiet sagen, das etwa achtzig Prozent aller Walbestände unter Schutz stellt. Diese Nachrichten findet man heute auf den letzten Seiten der Zeitungen und im Fernsehen überhaupt nicht.

Brent Spar

Auf der anderen Seite ist die eben beschriebene Beziehung zwischen Umweltkampagnen und Medien nichts Spezifisches, denn sie beschreibt im Gegenteil sehr gut die spezifische Funktionsweise der heutigen Medien. In diesem Zusammenhang muss ich und will ich auf Brent Spar zu sprechen kommen, weil dieses Thema von Herrn Spandau und Herrn Maxeiner angeschnitten worden ist. Herr Spandau, Sie haben gesagt, Greenpeace hätte Shell nicht zugehört. Das finde ich nicht richtig, denn wir haben Shell sehr genau zugehört – nur fanden wir heraus, dass Shell überhaupt nichts zu sagen hatte. Kern der Brent-Spar-Kampagne war doch, dass der Konzern Shell das Äquivalent von etwa fünfzigtausend Kraftfahrzeugen im Nordostatlantik versenken wollte, ohne diese gewaltigen Mengen von Stahl von den Giftstoffen zu befreien. Jeder Bürger, der das mit seinem Auto machen würde, würde bestraft werden. Diese Aktion von Shell konnte natürlich in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden, insbesondere nicht in der deutschen, in der man angehalten wird, jedes Marmeladenglas zu entsorgen. Wenn heute die Brent Spar-Kampagne als Misserfolg oder sogar als Täuschung der Öffentlichkeit beschrieben wird, wie das von Herrn Maxeiner hier eben gemacht wurde, dann unterliegt dies einem ähnlichen problematischen Mechanismus, der heute den Medien bei der Umweltberichterstattung angekreidet wird. Denn eine derart kritische Beschreibung erzählt die Geschichte nicht zu Ende, was ich, ohne Sie zu langweilen, kurz tun will.

Ziel

Es ging nicht darum, die Versenkung einer einzelnen Ölplattform zu verhindern. Von dieser Versenkung wäre die Nordsee nicht unwiderruflich zerstört oder verschmutzt worden. Es ging darum, keinen Präzedenzfall zuzulassen, weil es tatsächlich mehrere hundert andere Installationen im Nordostatlantik gibt, für deren größten Teil die Versenkung vorgesehen war. Die Kampagne gegen die Versenkung hat dann zu einer Massenmobilisierung geführt, die auch für uns, das heißt für die Organisation Greenpeace, völlig überraschend war. Das zeigt eigentlich, dass es eine sehr gute Kampagne war, denn sehr gute Kampagnen lassen sich nicht planen. Wenn übrigens hervorragende Kampagnen planbar wären, dann würde jeder gute Kampagnen machen können, was naturgemäß nicht geht. Offensichtlich hat aber diese Kampagne den berühmten Nerv in der Gesellschaft getroffen, vielleicht sogar einen besonders deutschen Nerv, da ja Recycling in der deutschen Gesellschaft als umweltpolitisch gute Tat Nummer eins gilt. Und der Konzern hat offensichtlich nicht verstanden, dass er jedermann vor den Kopf stößt, wenn er sich ein Recht herausnimmt, das dem einzelnen Bürger versagt ist.

Verhängnisvoller Fehler

Greenpeace hat im Lauf der Kampagne einen historisch verhängnisvollen Fehler, einen Messfehler über die Menge des verbliebenen Restöls in der Plattform gemacht. Greenpeace hat sich nicht getäuscht in der Menge der chemischen Giftstoffe, die in der Plattform zurückgeblieben waren. Daraus wurde der Organisation, weil sie schlampig gearbeitet hatte, der Strick gedreht, und sie wurde von einem Tag auf den anderen vom Held zum Schurken, vom Held zum Betrüger. Und hier gab es auch nichts Schöneres für die Medien, als den strahlenden Helden klein zu machen und dann auch in einer Art und Weise, die nicht mehr in einem Verhältnis zum Gewicht des Fehlers stand.

Ergebnis

Tragisch ist allerdings, und dies ist auch typisch, dass die Geschichte nicht zu Ende erzählt wurde, nämlich von den Medien, und dass deshalb heute ein fataler und falscher Eindruck geblieben ist. Was hat sich denn nach der Kampagne abgespielt? Shell hat unter dem Druck der Öffentlichkeit, wie gesagt, die Plattform nicht versenkt und mehrere Firmen eingeladen, Angebote für eine alternative Verwendung, zum Beispiel Recycling der Plattform, zu unterbreiten. Das unabhängige internationale Zertifizierungsunternehmen DNV hat dann die verschiedenen Angebote untersucht und bewertet. Es

kam heraus, dass eine Entsorgung an Land, die zum Teil aus Wiederverwendung des Stahls, zum Teil aus Recycling besteht, eindeutig die ökologisch beste Lösung ist. Teurer als die Tiefseeverenkung, das ist wahr, aber ökologisch besser, und auch, was Shell anfangs bestritt, sicher und ohne Gefährdung von Leben durchzuführen. Mittlerweile ruht die ehemalige Brent-Spar-Plattform entweder in irgendwelchen recycelten Stahlträgern oder in Landungsstegen. All das hat Greenpeace in seiner Kampagne gewollt. Und wie gesagt, 1998 wurde dann der weitreichende Beschluss der Oslo-Paris-Kommission gefasst, nämlich ein generelles Versenkungsverbot von Öl-Offshore-Installationen im Nordostatlantik. Eigentlich hat die Kampagne damit einen vollen politischen Erfolg erzielt, und unerwähnt sollte nicht bleiben, dass der Konzern Shell durch politischen Druck einiges dazu beigetragen hat, dass die weit reichende internationale Konvention zustande gekommen ist.

Was bleibt zu sagen? Brent Spar ist wirklich ein gutes Beispiel dafür, wie Umweltkampagnen und Medien im Wechselspiel funktionieren. Es bleiben Kilometer von Bücherregalen, gefüllt mit Managementliteratur über Brent Spar. Die Kampagne hat zu weit reichenden Änderungen im Konzern Shell geführt. Intern heißt die Kampagne „Das Erdbeben“. Insbesondere hat sich der Konzern die Frage gestellt, wie transparent man gegenüber der Öffentlichkeit bei Maßnahmen sein muss. Die jährlichen Berichte von Shell über Umwelt und Gesundheit sind mittlerweile beispielgebend. Die Medien haben natürlich auch aus dieser Kampagne gelernt, insbesondere, dass man sich nicht zu sehr auch mit dem Guten gemein macht. Und auch Greenpeace hat gelernt, nämlich, dass man sorgfältig arbeiten muss, vor allem, wenn man hohe moralische Ansprüche verbreitet. Auch das ist eine wichtige Lektion.

Umweltpolitik

Zum zweiten Punkt: Wo stehen wir heute in der Umweltpolitik? Wie gesagt, ich will Sie nicht mit der Beschreibung von Umweltkatastrophen, Stürmen und Überschwemmungen langweilen. Erst einmal ist festzustellen: Der größte Erfolg der Umweltbewegung ist, wie es Hermann Scheer, der Sonnenenergie-Experte, gesagt hat, dass es heute für alle Probleme Lösungen gibt. Wir wissen heute, wie wir die globale Umweltzerstörung aufhalten und sie überwinden können. Die eigentlich interessante Frage ist doch, warum passiert das nicht, warum werden die Lösungen nicht umgesetzt? Trotz des weit reichenden internationalen Konsenses, der von den Vereinten Nationen, der über die OECD und EU bis hin zu Institutionen wie dem World-Watch-Institute und dem World-Resources-Institute reicht, geht die Umweltzerstörung global weiter.

Artensterben und globale Erwärmung

Trotz der Umwelterfolge, die wir zum Beispiel in Deutschland bei der Verringerung der Verschmutzung von Gewässern und der Luft haben, haben wir es eben mit einer ungebremsten globalen Umweltzerstörung zu tun. Insbesondere gibt es zwei zentrale Probleme. Das eine ist die Verringerung und Zerstörung der Artenvielfalt, das andere ist die globale Erwärmung durch die exzessive Verbrennung fossiler Energieträger.

Was beiden Problemen gemeinsam ist, dass sie irreversibel sind. Die Arten, die ausgestorben oder vernichtet sind, und das sind ja nicht nur der berühmte Pandabär oder der Sibirische Tiger, sondern auch die Millionen von Pflanzen und kleinen Organismen, die wir für unser Leben brauchen, sind unwiderruflich ausgestorben. Wenn sie weg sind, kann das nicht mehr rückgängig gemacht werden. Und das zweite trifft für die Auswirkungen der globalen Erwärmung zu. Sie werden nach Auffassung der meisten Wissenschaftler so gravierend sein, dass sie über lange Zeiträume nicht rückgängig gemacht werden und dass sie in diesen Zeiträumen irreversible Schäden anrichten.

Es gibt wenig Dissens über die Dramatik der Verminderung der Artenvielfalt auf der Welt. Es gibt Dissens, obwohl der Dissens graduell abgenommen hat, in den letzten Jahren, über die globale Erwärmung. Und zwar wird insbesondere die Frage diskutiert: Wie sicher sind denn die Prognosen der Wissenschaftler, und ist denn das alles bewiesen? Ich möchte auf diese Diskussion hier nicht eingehen, denn dann könnten wir uns wahrscheinlich auch die nächsten zwei Wochen noch unterhalten, und ich könnte mich mit Herrn Maxeiner trefflich streiten, ob die Klimaerwärmung eintritt oder nicht.

Entscheidend ist doch die Frage, und die sollten wir diskutieren, besteht denn soweit Gewissheit über die voraussichtlichen Effekte der globalen Erwärmung, dass wir jetzt etwas dagegen tun müssen? Oder sollten wir, wie es Herr Maxeiner sagt, lieber mal warten, um zu sehen, was mit der Klimaerwärmung passiert. Die Frage, um die es sich hier dreht, ist die Frage: Wie geht die Gesellschaft und wie geht die Politik mit gesellschaftlichen Risiken um? Diese Frage kann man nämlich viel besser diskutieren als die Frage, ob die Klimaerwärmung mit hundertprozentiger Sicherheit von Menschen gemacht ist und die voraussichtlichen Schäden auch produziert.

Falsche Prognosen?

Vorab möchte ich allerdings noch auf eine Argumentation eingehen, die oft in Zusammenhang mit der Diskussion von Umweltproblemen von der Fraktion angeführt wird, die sich gegen Änderungen wehrt. Eines dieser Argumente heißt, die Prognosen, die Umweltorganisationen vorausgesagt haben, haben sich nicht erfüllt. Hier ist zu sagen, dass es nicht sein muss, dass eine Prognose falsch war, wenn die vorausgesagten Umstände nicht eintreten. Beispiel: Wenn ich heute die Prognose stelle, dass in einem bestimmten Zeitraum die Luft sich so extrem verschmutzt hat, dass dadurch große Gefährdungen entstehen, zum Beispiel durch Schwefeldioxid und Stickoxiden, und wenn auf Grund dieser Prognose politische Maßnahmen in Kraft treten, um diese Schäden abzuwenden, dann tritt diese Prognose nicht ein. Dieses positive Phänomen konnten wir in der Tat bei vielen Umweltphänomenen beobachten.

Zum Beispiel beim Verkehr, wo wesentliche Fortschritte durch den Katalysator gemacht wurden oder im Gewässerschutz. Viele vorausgesagte kritische Umstände sind einfach deshalb nicht eingetreten, weil die Menschen reagiert haben. Das trifft übrigens besonders zu für die Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe, die die Ozonschicht zerstören. Wenn „Business as usual“ stattgefunden hätte und das Montreal-Protokoll, jene Konvention, die Produktion und Anwendung von FCKW regelt, dann gäbe es in der Tat ein riesiges umweltpolitisches Problem mit unabsehbaren Schäden.

Alles halb so schlimm?

Im Übrigen muss ich leider sagen, dass ich diesen Optimismus, der zum Ausdruck bringt, es sei ja alles gar nicht so schlimm, und es sei ja alles viel zu negativ gesehen worden, überhaupt nicht teilen kann. In meinen circa zehn bis zwölf Jahren Tätigkeit in der Umweltpolitik komme ich zu dem traurigen Schluss, dass die meisten Warnungen sich bestätigt haben. Ich erinnere nur zum Beispiel an das Ende der siebziger Jahre, als die ersten Atomtransporte mit Atommüll von Japan in die Wiederaufbereitungsanlage nach La Hague in Frankreich gekommen sind, und Umweltschützer damals gesagt haben: „Aber Leute, damit ist das Zeug doch nicht aus dem Sinn. Es ist vielleicht aus den Augen. In zehn, zwanzig, dreißig Jahren muss der hochstrahlende Restmüll wieder nach Japan zurück transportiert werden.“ Damals hieß es: „Da wird uns schon etwas einfallen.“ Aber jetzt kommen diese Transporte auf uns zu. Und es ist uns eben nichts eingefallen. Auch in der FCKW-Diskussion haben sich die schlechten Prognosen bewahrheitet.

Ich erinnere mich an Diskussionen mit dem Vorstand von Bayer, die betonten, das wäre ja noch alles nicht bewiesen und im Übrigen bräuchte man ja die FCKW insbesondere für die Kühlschränke, sonst würden die Kinder in der Dritten Welt verhungern. Die Schlussfolgerung kann doch nur heißen, hätten wir damals auf diese oder andere Stimmen der Industrie gehört, dann befänden wir uns jetzt in einer wirklich schlimmen Situation. In diesem Zusammenhang hörte man ja auch immer wieder das Argument, Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung seien unrealistisch. Ich nenne nur zum Beispiel den FCKW-FKW-freien Kühlschrank, den wir jahrelang gefordert haben, und den schließlich Greenpeace mit der Hilfe von Unternehmen selber hergestellt hat und der jetzt mittlerweile ein Erfolg und sozusagen auch Stand der Technik ist. Da hatte die Industrie uns erklärt, das ist nicht möglich, das ist unrealistisch. Das ist übrigens auch ein Phänomen. Ansonsten zeichnet sich die Industrie ja nicht gerade durch Zukunftspessimismus aus. Aber bei den Innovationen, die ihre eigene Entwicklungs- und Forschungsstrategie durcheinander bringen und die Schäden, die noch nicht mit letzter Sicherheit bewiesen worden sind, verhindern sollen, wehrt sich die Industrie dagegen, und mit einem Mal heißt es, das ist doch nicht möglich.

Individuelles und kollektives Risiko

Jetzt komme ich wieder auf die globale Erwärmung zurück und auf die Behandlung des Risikos. Das Argument, das heute so genannte Öko-Optimisten oder auch viele Unternehmer vorbringen, nämlich, machen wir doch so weiter, es wird uns schon was einfallen, ist in keiner Weise zu rechtfertigen und ist auch völlig unlogisch.

Wenn man das auf Unternehmer selbst anwenden würde, dann hieße das ja, ein Unternehmer könnte permanent Verluste machen und er könnte argumentieren, ihm würde schon noch etwas einfallen. Natürlich würde niemand so eine Haltung unterstützen. Carl Amery hat einmal gesagt, die Haltung „uns wird schon etwas einfallen“ erinnere ihn an den Gast, der ins Restaurant geht, Austern bestellt, und als der Ober kommt, die Rechnung verlangt und sagt: „Ich muss leider weiteressen, bis ich die Perle finde, um die Austern zu bezahlen.“ Was ich mit diesen Beschreibungen sagen will, ist, dass offensichtlich das Risiko auf der individuellen Ebene völlig anders behandelt wird als auf der kollektiven Ebene. Würde man kollektives Risiko so ernst nehmen wie individuelles Risiko, würde man schon längst wirksame Maßnahmen gegen die globale Erwärmung ergriffen haben, denn jedes Abwarten und jedes Zögern würde aus individueller Sicht nicht nur völlig leichtsinnig, sondern auch völlig unverständlich erscheinen.

Natürlich gibt es überhaupt keinen Dissens darüber, dass ein Hausbesitzer sein Haus gegen Feuer versichern muss. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Haus einem Brand zum Opfer fällt, ist relativ gering. Sehr viel geringer als die Wahrscheinlichkeit, dass die negativen Effekte der globalen Erwärmung eintreten. Niemals, aber auch wirklich niemals, würde jemand auf die Idee kommen, dieses Haus nicht zu versichern.

Bei der globalen Erwärmung versichern wir unser Haus nicht. Und dabei wissen wir doch, dass die Prämie, die wir für diese Versicherung zahlen würden, relativ günstig ist, denn es handelt sich um die Prämie, die wir zahlen müssen, wenn wir Energie effizient einsetzen. Energie effizient einzusetzen, ist eben nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sehr sinnvoll.

Vorsorgeprinzip

Es geht hier, um es mit einem anderen Ausdruck zu beschreiben, um das Vorsorgeprinzip, das zum Inhalt hat, dass man Maßnahmen gegen große Gefahren ergreifen muss, auch wenn diese Gefahren noch nicht mit hundertprozentiger Sicherheit erwiesen sind. Insbesondere dann, wenn man die Kosten für diese Maßnahmen abschätzen kann und wenn diese zu bewältigen sind. Das Vorsorgeprinzip, das im individuellen Bereich selbstverständlich ist und das mittlerweile auch Eingang gefunden hat in viele internationale Umweltabkommen, zum Beispiel in das internationale Bio-Safety-Protokoll, ist ein zentrales Element nationaler und internationaler Umweltpolitik. Wer in der Diskussion um globale Erwärmung dieses Prinzip missachtet, macht sich strafbar und handelt verantwortungslos, und zwar in Hinblick auf das Schicksal der zukünftigen Generationen.

Meine Schlussfolgerung zu den Ausführungen über das Thema „Wie stellt sich die Umweltsituation heute dar“ ist also eindeutig: Wir müssen etwas tun. Die Risikokonstellation ist so, dass wir verpflichtet sind, etwas tun zu müssen. Die Frage, welches Risiko eine Gesellschaft zu tragen gewillt ist, können wir nicht der Wissenschaft übertragen.

Die Wissenschaft kann nur Informationen liefern und helfen, diese Frage zu klären. Wie viel Risiko man tragen will oder wie viel man dafür bezahlen will, muss von der Gesellschaft und von der Politik beantwortet werden. Es ist verantwortungslos, auf hundertprozentige Sicherheit wissenschaftlicher Aussagen zu warten, die es per se in keiner Wissenschaft geben kann. Damit würde man die Wissenschaft überfordern. Man macht das in keinem anderen Bereich. Warum macht man es dann in einem Bereich, der unmittelbar unser Leben und das unserer Nachfolgegeneration betrifft?

Schlussfolgerungen

Mein letzter Punkt ist nun: Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus dieser Analyse für die Medien und für die Beziehungen zwischen Medien und Umweltthemen? Ich meine, dass überhaupt nicht die Rede davon sein kann, dass die Medien irgendwie übertreiben. Die Umweltzerstörung ist viel zu dramatisch, als dass man nicht ausführlich genug darüber und über die Risiken berichten müsste. Eigentlich wird eher zu wenig schwarz als zu weiß gemalt. Aber selbstverständlich besteht hier ein Problem. Dadurch dass sich politische Veränderungen nur schwer erzielen lassen oder nur langfristig, besteht dieses Problem langfristig weiter, und dadurch nützen sich die Beschreibungen über Katastrophen ab. Wie anfangs gesagt wurde, lässt sich nicht jeden Tag eine Schlagzeile „Die Welt ist so schlecht“ verkaufen. Dennoch wäre es ausgesprochen notwendig, dass in der öffentlichen Diskussion, das heißt auch in den Medien, intensiver auf den Umgang unserer Politiker mit dem Risiko, und zwar auf der individuellen und auf der kollektiven Ebene, eingegangen wird, und dass die Widersprüchlichkeiten aufgezeigt werden.

Was das Wichtigste für mich ist, dass die Umweltthemen, wie eingangs gefordert, in alle gesellschaftlichen Bereiche eingehen, und dass die Ökologie, das heißt der Erhalt der Lebensgrundlagen, zum zentralen Thema und auch zum Kern der Diskussion aller gesellschaftlichen Probleme werden, denn all das, was wir machen, hat einen Bezug zur Ökologie und muss dementsprechend berücksichtigt werden. Seien es Verkehrspolitik, Finanzpolitik, Rentenpolitik, Gesundheitspolitik – all diese Themen wirken sich, je nachdem wie sie behandelt werden, auf die zukünftigen Generationen und auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen aus.

Leitartikel und Wirtschaftsseiten

Wichtig ist, dass man die Umweltfragen auch wegbringt von den Jubiläumsleitartikeln hinein in die Wirtschaftsseiten. Es gibt ja keine größere Diskrepanz, praktisch bei allen Medien, als die zwischen dem Leitartikel, der vorne steht, und der routinemäßig bei der siebten und achten Klimakonferenz Ach und Weh über das Übel in der Welt schreit und dann hinten in den Wirtschaftsseiten, wo die Umweltpolitik doch mehr oder weniger als lästiges, wenn überhaupt, nicht existierendes Nebenproblem der Wirtschaftspolitik beschrieben wird.

Ganz deutlich ist das zum Beispiel bei Fragen, wie denen des wirtschaftlichen Wachstums. Ein Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums von zwei auf ein Prozent wird mittlerweile als Katastrophe in

den Wirtschaftsseiten abgehandelt. Langfristig gesehen ist das jedoch, zumindest so wie Wirtschaftswachstum sich heute darstellt, durchaus positiv, weil dadurch weniger Energie und Rohstoffe verbraucht werden. Derselbe Konflikt trifft zum Beispiel auch für die Ölpreiserhöhungen zu. Im letzten Herbst, als die Ölpreiserhöhungen die Schlagzeilen bestimmten und die Lastwagenfahrer gestreikt haben, da haben sich die Meinungs- und Umweltartikel über die Unvernunft der Menschen beklagt, und dass sie zu viel Öl verbrauchen, und auf den Wirtschaftsseiten hat man lesen können, wie die Regierungen die OPEC anbetteln, damit sie doch mehr Öl produziert. Das passt hinten und vorne nicht zusammen.

Es gibt viele ökonomische und politische Probleme, bei deren Behandlung ökonomische und ökologische Fundamentaldaten gegeneinander laufen. Das trifft für die Rentenfrage und für die Finanzpolitik zum Beispiel zu. Ökologische Probleme wie die Ökosteuer werden da als exotische Nebenthemen behandelt, und sie werden nicht in die allgemeine wirtschaftspolitische Diskussion, in diesem Fall zum Beispiel in die Diskussion um die Reform des Steuersystems, eingebettet. Das ist das eigentliche Problem, denn Umweltpolitik ist heute Gesellschaftspolitik. Und Wirtschaft kann überhaupt nicht existieren, wenn die ökologischen Grundlagen nicht berücksichtigt werden. Es mag interessant sein, auf den letzten Umweltbericht der OECD hinzuweisen, der gerade erschienen ist, und wo die Forderung drinsteht, „Vielmehr müsste sich der Wirtschaftsminister für den Schutz der Lebensgrundlagen engagieren.“ Ich möchte den Satz umwandeln in die Forderung „Vielmehr müssten sich endlich die Wirtschaftsjournalisten für den Schutz der Lebensgrundlagen engagieren.“

Vielen Dank.